

Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?

DIE INSTRUMENTALISIERUNG DER ANGST IM STASI-STAAT

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Anwesende aus Wirtschaft, Politik, den Kirchen, Vertretern öffentlicher Einrichtungen und Institutionen, vor allem aber sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, lieber Michael Beleites, lieber Herr Klose von der gastgebenden Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der Rahmen dieser thematisch breit gefächerten Ringvorlesung, mit der Doppelbesetzung am heutigen Abend, gebietet es eigentlich, sich nicht länger mit der Vorrede aufzuhalten.

Deshalb möchte ich auch gleich in das Thema einsteigen „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?“

Dieser Obertitel geht meines Wissens auf ein Kinder-Fang-Spiel-Muster zurück, bei dem alle – „niemand“ riefen und dann weggelaufen sind, um vor dem Fänger, also dem Schwarzen Mann die sichere Seite zu erreichen.

Vielleicht auch um sich bei anderer Gelegenheit Mut zu machen, wenn sie mit dunklen unbekanntem, ja unheimlichen Dingen konfrontiert waren. Oder wenn einfach die Angst größer war als der Mut.

Nimmt man diesen Bezug zur DDR und dem Staatssicherheitsdienst – mit seinen vielen heimlichen Helfern und der unheimlichen dunklen Macht, gibt es dann einen realistischen Unterschied zum Kinderspiel. Vor dieser vermeintlichen Macht konnte man nicht

weg laufen, nicht als Kind und nicht als Erwachsener. Vor dem DDR-Staat auch nicht, der war nämlich von einem großen Zaun umgeben, der kaum eine Flucht zuließ, auch nicht die sogenannte „Flucht nach vorn“.

Also sind wir schnell bei der Macht der inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, dem MfS oder landläufig der Stasi - dem im Titel unstellten „Schwarzen Mann“.

Um das Thema weiter besprechen zu können, möchte ich mit wenigen Zahlen – vergleichend – die Größenordnung verdeutlichen von der diese tatsächliche oder angenommene Macht ausging.

Nimmt man die allgemein bekannten Größenordnungen von 91.000 hauptamtlichen und rund 175.000 inoffiziellen Mitarbeiter, IM's genannt und stellt dazu knapp 17 Millionen Einwohner der ehemaligen DDR gegenüber, scheint dieses Verhältnis der Spitzen und ihrer Führungsoffizieren als 2-3 % der Bevölkerung gerechnet, wenig geeignet Angstpotaential darzustellen.

Zieht man aber einmal ein Bundesland wie NRW mit einer ähnlichen Bevölkerungszahl als Vergleich heran, da nimmt das schon bedrohliche Formen der Überwachungsdichte an, die es in der DDR tatsächlich gab.

Die konkreten Vergleiche zum ehemaligen Bezirk Dresden mit etwa 1,2 Mio Einwohner 1989 sind mit nachgewiesenen 3.850 hauptamtlichen und 11.424 inoffiziellen Mitarbeitern ähnlich ableitbar.

2. Dezember 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

Es war auch hier die Dichte des Netzes und nicht das Netz als Zahlenwerk das eigentliche Gefahrenpotential.

Aber Zahlen sind eben nur die eine Seite, so wie der Staatssicherheitsdienst auch nur ein Teil in einer Konfiguration von Machtausübung, Unterdrückungsmechanismen und menschenverachtenden Maßnahmen im System der ständig ausufernden SED Doktrinen in der DDR Diktatur war. Nicht nur viele politisch Andersdenkende sondern auch „normale“ Bürger sind Opfer dieser Auswüchse von Misstrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung, Missachtung von einfachsten Grundrechten und Überwachungs-wahn geworden. Mit diesen Begriffen sind wir von den Zahlen richtigerweise wieder bei den Menschen.

Wie kam es aber nun zu dieser unheimlichen Macht.

Aus meiner Sicht war dafür nicht nur das Vorbild des Sowjetischen Geheimdienstes ausschlaggebend, aus dem sich für die Stasi der Begriff des Tschekisten ableitete. Es war eher die krankhafte Angst der Mächtigen vor dem Zeitpunkt an dem die Unterdrückten ihre Ohnmacht ablegen, wie es Joachim Gauck einmal ähnlich beschrieben hat. Maßgeblicher Einschnitt für den Staatssicherheitsdienst der DDR war dabei auf jeden Fall der 17. Juni 1953.

Diese traumatischen Ereignisse haben das MfS unter Mielkes Führungsverständnis und seinem Feindbild spätestens ab 1958 veranlasst, ein flächendeckendes Netz von damals sogenannten geheimen Mitarbeitern zu spannen, welches ab 1968 mit den konkreten Strukturen der Inoffiziellen Mitarbeiter der Geheimpolizei - Stasi - immer dichter wurde. Da blieben für viele Andersdenkende, in welcher Form auch immer, kaum noch Freiräume.

Mit dieser „gefühlte“ spürbaren, wenn auch nicht immer „greifbaren“, flächendeckenden Beobachtung und Überwachung „normaler“ Bürger, in ganz unterschiedlichen „Bearbeitungsstufen“, nahm der Staatssicherheitsdienst den Menschen die Luft zum Atmen und zum Denken,

schnürte jede Form der individuellen Freiheiten ein – und damit kam auch die Angst.

Die Angst in ein Raster zu fallen, wegen Besuchsreisen in den Westen, wegen Briefkontakten in das Ausland, wegen doppeldeutigen Äußerungen am Telefon oder Protesten gegenüber staatlichen DDR – Stellen.

Die Angst als aktiver Christ in der DDR, als junger Mensch in alternativen Jugendszenen oder die Angst als Wehrdienstverweigerer unter regelmäßige weitläufige Kontrolle und Repressionen gestellt zu werden.

Die Angst als Reisekader, als sogenannter Geheimnisträger oder einfach wegen bestimmter beruflicher Entwicklungen Opfer von intensiven Sicherheitsüberprüfungen und deren Datenspeicherung zu werden. Dies galt ja bekanntermaßen gleichzeitig für den gesamten Familien- und Freundeskreis mit, soweit dieser, auch mit Hilfe der inoffiziellen Mitarbeiter ermittelt und erfasst werden konnte.

Die Angst im Rahmen operativer Beobachtung wegen der Beteiligung an Oppositions-, Friedens- und Umweltgruppen nicht nur mit Postkontrolle und Telefonüberwachung gestellt zu sein sondern bis in den persönlichen und intimsten Bereich ausgespäht zu werden.

Viele „Normalbürger“ oder auch bekannte Oppositionelle wurden Opfer von langjährigen, perfiden und menschenverachtenden Zersetzungsmaßnahmen.

Die Geschichte von Jürgen Fuchs ist dafür beispielhaft.

Mit der Verfestigung und Verdichtung der politischen Justiz bzw. der Erweiterung des Strafgesetzbuches der DDR mit einem „Besonderen Teil“, dem politischen Strafrecht, wurden Menschen wegen sogenannter „Landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“, „Staatsfeindlicher Hetze“ (§ 106), „Ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ (§ 219) oder der „Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ (§ 249), um nur einige Beispiele zu nennen, verfolgt. Die so kriminalisierten Menschen wurden in den

2. Dezember 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

Untersuchungshaftanstalten der Stasi rechtsstaatswidrig weggesperrt, verhört und gedemütigt.

Bei all den nur auszugsweise genannten Umständen, beruhte die Wirkung der Repression und Unterdrückung maßgeblich auf dem sogenannten politisch-operativem Zusammenwirken des Staatssicherheitsdienstes mit vielen anderen staatlichen Stellen und administrativen Bereichen im DDR-Diktatur-System. Dies geschah bezeichnender Weise nicht nur mit Hilfe der Instrumentalisierung der Spitzel.

Durch festgelegte Arbeitsteilung z.B. in den Strukturen der Kreis- und Bezirkseinsatzleitungen und vor allem bis zum Ende der DDR in ständig wachsender Komplexität, konnten z.B. die bereits erwähnten vielfältigsten Informationsspeicherungen genutzt und in staatlichen Maßnahmen umgesetzt werden.

Dabei wurden andere Stellen wie die Deutsche Volkspolizei, die Kaderleiter in den Betrieben, die Politoffiziere in der NVA, der Kampfgruppen-Kommandeur, die Funktionäre in den Partei- und Massenorganisationen oder die Abteilungen für Inneres in Städten, Kreisen und Bezirken, die Zollverwaltung, selbst die SED Parteistrukturen in den verschiedensten Bereichen des täglichen Lebens einbezogen. Es waren diese Unterdrückungsmechanismen und stetig arbeitenden Diktaturapparate mit den vielfältigsten, teils subtilen Methoden die sich in der Gesellschaft der DDR ausgewirkt haben.

An die man sich so gar nicht mehr erinnert, weil fast 20 Jahre seit der friedlichen Revolution vergangen sind und in den Jahren seit der deutschen Einheit täglich existenzielle Fragen zu klären waren und sich damit auch die Schwerpunkte verschoben haben.

Weil vor allem auch zu diesem Erinnern ein selbstkritischer Blick gehört, wie der Einzelne sich in dem System der DDR verhalten hat.

Dazu ist es wichtig festzustellen, wie schwer es war, sich zwischen persönlicher Freiheit und dem sozialistischen Gesellschaftsmodell zu entscheiden.

Wichtig ist mir dabei, auch die die nicht in der DDR aufgewachsen sind, darauf hinzuweisen, dass kein allgemeiner Vorwurf vernünftig abzuleiten ist, warum sich der Einzelne die Frage nicht gestellt hat: „welche Antwort zu meinen Entscheidungen gebe ich dazu in 20 Jahren“.

Nun werden sie sich fragen, meine Damen und Herren, was ist denn nun mit der Instrumentalisierung der Angst im SED und Stasi-Staat aus dem Untertitel des heutigen Abends, und wie hat sich diese auf den ganz normalen DDR-Bürger ausgewirkt.

Dazu möchte ich am Schluss mit den Begrifflichkeiten: „Zwischen Aufbegehren und Anpassen“ antworten.

Dies vor allem um einen kleinen Beitrag gegen die selektive Erinnerung zu leisten. Dies trifft aus meiner Sicht auf alle Teile Deutschlands zu, die nach 1945 durch die Besatzungsmächte entstanden sind.

Lässt man in diesem Spannungsfeld die DDR-Diktatur-Geschichte Revue passieren, merkt man wie notwendig es ist, sich auch heute immer wieder zu entscheiden „für die Freiheit gegen rechte und linke Extremisten, gegen einen ausufernden Überwachungsstaat, für eine freie Zivilgesellschaft, gegen die Einschränkung von Bürgerrechten, für gesellschaftliches Engagement – für die Einhaltung von Menschenrechten weit über unsere Grenzen hinaus.

Jetzt aber erst einmal zurück zur damaligen Zeit vor 1989, bevor wir in der Diskussion vielleicht auch zu aktuellen Fragen kommen (können).

„Zwischen Aufbegehren und Anpassen“, in diesem Konflikt stand „man“ täglich in dem von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - einer Staatspartei (SED), geschickt und planvoll gewobenen Netz von Einflussnahme, Machterhalt, Nomenklaturkadern, Parteisekretären, Abschnittsbevollmächtigten, Opportunisten und Demagogen, inklusive körperlicher und seelischer Unterdrückungsmechanismen. Hierzu könnte ich tausende Lebensschicksale beispielhaft Revue passieren lassen.

2. Dezember 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

Erwähnen will ich da nur eine Gruppe von Abiturienten an einer Erweiterten Oberschule (Gymnasium) in Werdau im ehemaligen Bezirk Chemnitz. („Weiße Rose“)

Nicht nur die Kinder und Jugendlichen waren angestrebte Kampfesreserven „der Partei“ und wurden schon früh auf das blaue oder rote Halstuch bzw. das blaue Hemd der Freien Deutschen Jugend (FDJ) eingeschwo- ren.

Nein auch die Genossen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland (SED), die Mitglieder der Blockparteien, die Angehörigen der Betriebskampfgruppen oder die Wehrdienstleistenden in der NVA, als ganz durchschnittliche Mitbürger, wurden vor die rhetorische fast zynische Frage gestellt: „Sind Sie für oder gegen den Frieden“. Dies war das gängige Druckmittel gegen das persönliche Aufbegehren oder den gesellschaftlichen Widerstand. Vielleicht auch für einen „Sozialismus mit friedlichem Antlitz“ wie es 1968 in der ehemaligen CSSR in Prag mit einem Aufstand beabsichtigt war. Das Ergebnis, die blutige Niederschlagung des sogenannten „Prager Frühlings“ durch sowjetische Panzer, wurde gerade zum 40. Jahrestag dieses Ereignisses ausführlich diskutiert.

Wie sich Widerstand gegen bestehende Gesellschaftsformen entwickeln kann, ist im gleichen Jahr ja als „68´er Bewegung“ in die Geschichte der alten Bundesrepublik nachhaltig eingegangen.

Aber wieder zurück zur DDR, erst leisteten sich junge Menschen den Widerstand gegen den Fahnenappell im Pionierlager, dann gegen den Wehrkundeunterricht in der Schule oder gegen die Vereidigung als „Genosse“ Kämpfer oder „Genosse“ Soldat.

Selbst für mich ist dies noch immer die prägendste Erinnerung an meinen sogenannten Grundwehrdienst in der Nationalen Volksarmee (NVA). Als mein Sohn seine Zeit beim „Bund“ abgeleistet hat, ist er im Gegensatz zu mir immer Herr Felber geblieben.

Wie viele schwierige Lebenssituationen wa-

ren in dem Repressions- und Überwachungsstaat in 40 Jahren DDR (mit der SBZ waren es 49 Jahre) zu bestehen gewesen wegen der Angst vorm Schwarzen Mann, bei der Entscheidung für die Konfirmation, für die Arbeit in Umwelt- und Friedensgruppen, für einen Studienplatz ohne SED-Mitgliedschaft, für die geheime Wahl in der Wahlkabine oder für eine Alternative zum aktiven Wehrdienst als Bausoldat, umgangssprachlich als Spatensoldaten bezeichnet, um nur einige Beispiele aus dem Leben zu nennen.

Viele Jugendliche in der DDR hätten sich den sozialen Dienst als Alternative zum Wehrdienst gewünscht, der für junge Menschen heute und in der alten Bundesrepublik eine Selbstverständlichkeit war bzw. ist.

Aber, es gab in diesen Jahrzehnten vor 1989 in der DDR auch die vielfältigsten Formen der täglichen Anpassung an das allgegenwärtige Staatssystem.

Ob man das so einfach abtun kann wie der letzte Ministerpräsident der DDR Lothar de Maiziere in der Freien Presse Chemnitz vom 04. August dieses Jahres, indem er 95% der DDR-Bürger als: „einfach nur Volk bezeichnete, das sich doch hätte viel früher wehren müssen, wenn es unter der Knute gelitten hätte“ (Zitat Ende), da habe ich meine Zweifel.

Ich halte das auch für eine unangemessene Verkürzung von Lebensschicksalen!

Ich erlaube mir diesen aktuellen Bezug ausdrücklich als ehemaliges Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und wegen der wörtlichen Bedeutung der Begriffe „wir sind das Volk – wir sind ein Volk“ für mich persönlich, im Herbst 1989. Diese Zeit ist ja wie schon erwähnt als Jahr der „Friedlichen Revolution“ in die Deutsche Geschichte eingegangen.

Anpassung und somit der Verlust der persönlichen Freiheit, das war der glänzende Blick junger Menschen bei den Aufmärschen der Freien Deutschen Jugend (FDJ), das Tragen des Parteiabzeichens der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im

gewöhnlichen Alltag, die Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst, der tägliche Verrat, die angepasste Lüge, vielleicht wegen dem Wunsch selbst einmal „Schwarzer Mann“ zu sein, oder die regelmäßige Flucht in den Urlaub an die Ostsee, nach Polen oder Ungarn. Anpassung war auch der Rückzug in die Kleingartenwelt oder die sogenannten Garagengemeinschaften als Beziehungs- und Beschaffungssystem der Mangelwirtschaft in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Schon für Dinge des täglichen Lebens erfolgte eine Anpassung an das System der sozialistischen Planwirtschaft, auch an Mangel von Alternativen, auch beruflicher Art.

Wie oft haben Eltern in diesem angepassten Alltag ihren Kindern verboten über das West-Fernsehprogramm in der Schule zu reden, wie oft hat der Vater über die Feierlichkeiten des 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterklasse“ geschimpft und ist für einen Verpflegungsbeutel und einer Mai-Nelke für Mutti doch mitmarschiert. Im Westen wurde dieser Feiertag ganz normal als freier Tag für die Familie genutzt, ohne jeden ideologischen Bezug, höchsten bei der DKP oder der DFU.

Wie oft wurden Kinder von den Eltern allein gelassen mit der politischen Indoktrination von Margot Honecker im Kindergarten. Hier bemühe ich mal Wikipedia für die Begriffsbestimmung: Indoktrination bedeutet die gezielte Manipulation.

Gleiches galt für Jugendliche in der Schule mit dem roten Pioniertuch oder dem blauen FDJ-Hemd, als äußere Zeichen eines aufdiktierten Bekenntnisses zur sozialistischen DDR. Viele, vor allem jüngere Menschen haben das mitgemacht, nicht aus Angst, aber weil sie wenig mutig waren.

Wie oft waren junge Menschen mit einer dem Lebensalter entsprechenden inneren und äußeren Opposition im Wehrkundeunterricht allein oder saßen den Nachwuchswerbern der Nationalen Volksarmee oder des Staatssicherheitsdienstes im dazu benutzten Wehrkreiskommando hilflos gegenüber oder wurden als „westlich dekadent“

bezeichnet weil Sie bunte Haare hatten, Jeans und Parker trugen oder Piercings hatten.

Zu den gelegentlich auch systemunabhängig bestehenden Konflikten zwischen Eltern und Kindern brauchen wir allerdings als Erwachsene auch heute noch, den Mut zu selbstkritischer Betrachtung, wenn wir die individuellen Persönlichkeitsentwicklungen verbal bewerten.

Damals in der DDR und das soll die abschließende und positive Betrachtung sein, dies belegen viele persönliche Biografien, ging es auch anders, mit Mut und Zivilcourage im täglichen Leben in einer Diktatur auch unter Inkaufnahme persönlicher oder beruflicher Nachteile.

Die Menschen die so gehandelt haben waren schon immer für Freiheit statt Sozialismus, nämlich Freiheit im Denken und im Handeln!

Es gab Familien, Freundeskreise, Kirchengemeinden, Umweltgruppen oder was auch immer, in denen offen über Politik, Gesellschaft und Veränderungen die notwendig waren, gesprochen wurde, trotz der allgegenwärtigen Angst vor Spitzeln des Staatssicherheitsdienstes.

Es gab den Mut zum aktiven Umweltschutz gegen den Uranerzabbau der sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft Wismut, zu Friedensinitiativen gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen (wie im Übrigen auch im Westen! – ob nun gegen SS 20 oder Pershing 2), es gab den Mut zu alternativen gesellschaftspolitischen Arbeitskreisen. Dafür steht nicht zuletzt das „Neue Forum“, aus dem letztendlich der Geist der friedlichen Revolution im Herbst 89 entstand und mit ihm eine Generation der 89´er ⇒ so wie damals die 68´er Generation auch den Mut zum Aufbegehren bewies.

Ich betone ausdrücklich das man sich dabei an den friedlichen Mut erinnern muss und nicht nur an die Verbrechen der RAF-Generationen!

Da wären wir bei einer ganz anderen Kategorie des „Schwarzen Mannes“!

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DRESDEN

KONRAD FELBER

2. Dezember 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

Große Worte aber auch große Realitäten!
Eben Deutsche Realitäten!

Ich wünsche mir, dass wir mit dieser in der Zeit der friedlichen Revolution 1989 möglich gewordenen neuen politischen Kultur, die Diskussion über die DDR-Diktatur-Geschichte differenziert führen können und dabei die Geschichte von „zwei deutschen Staaten“ betrachten.

Ich möchte, dass wir zur Frage von Diktaturen und Demokratien einen Dialog zwischen den Generationen bekommen. Was erwarten die Jungen, was geben die Alten mit. Wo ist die Verantwortung der mittleren Altersgruppe. Wir müssen in diesen Diskurs auch die heutige Gesellschaft und die aktuelle Entwicklung mit einbeziehen. Damit wir unsere gelebte gemeinsame Geschichte richtig verstehen können und die Verantwortung für unsere Freiheit gemeinsam wahrnehmen.

Ich hoffe, dass der Vortrag und eine folgende Diskussion den Blick schärft gegenüber einer selektiven, geschönten Erinnerung an die Zeit: „als alles doch gar nicht so schlecht war“. Wir müssen diese – unsere Bundesrepublik - als Einheit sehen und regional, nicht politisch zwischen Ost und West oder Nord und Süd diskutieren.

Weil wir auch heutzutage:

Bürgermut, Zivilcourage und persönliches Engagement brauchen, um eine freiheitliche Gesellschaft, eine wehrhafte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und vor allem die persönliche Meinungsfreiheit dauerhaft zu erhalten, damit sich Anpassung in Grenzen hält und Aufbegehren erhalten bleibt.

Für die Freiheit!